



**Fraktion der Bürgerbewegung pro Köln e.V.
im Rat der Stadt Köln**

An den
Vorsitzenden des
Rates

Telefon: 0221 / 221 – 9 15 12

Herrn
Oberbürgermeister Jürgen Roters

Telefax: 0221 / 221 – 9 15 15

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 02.06.2010

AN/1068/2010

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	17.06.2010

Öffentlichkeitskampagne gegen Zwangsheirat

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktion pro Köln bittet Sie, folgenden **Antrag** auf die Tagesordnung der Sitzung des Rates am 17. Juni 2010 zu setzen.

Der Rat möge beschließen:

- 1. Die Verwaltung wird beauftragt, mit einer öffentlichkeitswirksamen Kampagne Zwangsheiraten in unserer Stadt entgegen zu wirken.**
- 2. Zu diesem Zweck wird die Verwaltung beauftragt, unter anderem Informationsbroschüren, Postkartenaktionen, einen Internetauftritt und eine Telefonhotline einzurichten. Bei letzterer sollen bedrohte Mädchen – aber auch Jungen – über Möglichkeiten und Maßnahmen informiert werden, mit denen ein Schutz sowie Hilfe für die Betroffenen gewährleistet werden können.**
- 3. Die Träger der Jugendhilfe und die Wohlfahrtsverbände sind hierfür mit ein zu beziehen.**

Begründung:

Es vergeht kaum eine Woche, in der nicht neue Fälle von Zwangsehen in Deutschland, gerade auch in Köln, bekannt werden und der Öffentlichkeit diese Problematik verdeutlichen: Junge Mädchen und Frauen, aber auch junge Männer, die von ihrer

eigenen Familie gezwungen werden, einen fremden Mann bzw. eine fremde Frau zu heiraten.

Grausame Morde, sogenannte Ehrenmorde, an Mädchen und Frauen, die sich dieser Praxis zu widersetzen suchen, machen immer wieder deutlich, wie sehr es die Politik versäumt hat konsequent gegen solche menschenverachtende Traditionen vor zu gehen.

Dabei ist jede Zwangsheirat auch ein Anschlag auf die freiheitlichen und demokratischen Werte unserer Gesellschaft. Das die Politik bislang geschwiegen hat, hat das Problem verschlimmert. Nur durch eine massive öffentliche Aufklärung, in der die Unterdrückung des Selbstbestimmungsrechts von Frauen und Männer konsequent geächtet wird, kann diesem Trend langfristig entgegenwirken.

Mit freundlichen Grüßen

Gez.

Judith Wolter, Jörg Uckermann